

DIE ZEIT, 29.05.2013

Finanzkrise: Wo sind die Ökonomen?

Europa erlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die Bundesregierung aber lässt sich vor allem von Juristen beraten.

Von Mark Schieritz

Angela Merkel gehört zu jener Sorte Politiker, die im kleinen Kreis sehr gewinnend sein können. So wie vor ein paar Wochen, als die Kanzlerin die Festrede zum 50-jährigen Jubiläum des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu halten hatte. Vor der Elite der deutschen Ökonomie hielt sie eine launige Ansprache, die von den Wirtschaftsprofessoren mit viel Applaus bedacht wurde. Wahrscheinlich, weil niemand genau zugehört hat. Die Regierung tue gut daran, den Empfehlungen der Ökonomen mit "kritischer Distanz" zu begegnen, sagte Merkel. Und überhaupt gebe es häufig "unterschiedliche Begutachtungen des gleichenrealen Sachverhalts".

Die Wahrheit ist: Nie zuvor war der Graben zwischen Politik und Ökonomie tiefer. Prominente Wirtschaftsprofessoren haben sich zusammengeschlossen, um mit der neu gegründeten "Alternative für Deutschland" die etablierten Parteien herauszufordern. Und in den Führungsetagen der wichtigen Ministerien gibt es praktisch keine Ökonomen mehr. Was sagt es über die Politik aus, wenn das Land in einer der größten Wirtschaftskrisen aller Zeiten ohne Wirtschaftsexperten regiert wird? Und was sagt es über die Ökonomie aus, wenn es den Deutschen doch zugleich so gut geht wie lange nicht mehr?

Die Suche nach einer Antwort beginnt im Bundesministerium der Finanzen. In den sechziger und siebziger Jahren standen Volkswirte wie Karl Schiller und Helmut Schmidt an der Spitze der Behörde. Als die rot-grüne Bundesregierung Ende der neunziger Jahre ihr Amt antrat, baute Oskar Lafontaine das Haus zu einem makroökonomischen Superministerium aus. Er holte sich die Grundsatzabteilung aus dem Wirtschaftsministerium, engagierte gleichgesinnte Ökonomen und nahm sich als eine seiner ersten Amtshandlungen gleich eine - später gescheiterte - Reform des Weltwährungssystems vor.

Heute sind die Volkswirte auf dem Rückzug. Wolfgang Schäuble ist Jurist, genau wie sein für Währungen, Finanzmärkte und Europa zuständiger Staatssekretär Thomas Steffen. Steffen ist einer der mächtigsten Beamten in Berlin und organisiert den Kampf gegen die Krise. Er vertritt Deutschland in internationalen Gremien und handelt in Brüssel Rettungspakete aus. Der langjährige Versicherungsaufseher kokettiert unter Vertrauten gerne damit, von Ökonomie nicht sehr viel zu verstehen. Auch die beiden anderen Staatssekretäre - Werner Gatzert und Hans Bernhard Beus - haben Jura studiert. Genau wie Schäubles oberster Bankenregulierer Levin Holle, der vor seinem Wechsel in das Ministerium das Berliner Büro der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group geleitet hat. Erst auf der Ebene der Abteilungsleiter leistet sich Deutschland mit dem ehemaligen Notenbanker Ludger Schuhknecht einen Ökonomen.

Ganz ähnlich ist die Lage im Kanzleramt. Angela Merkels oberster Wirtschaftsberater Lars-Hendrik Röllert ist zwar Volkswirt, sein Spezialgebiet ist jedoch die Wettbewerbspolitik. Mit Makroökonomie oder Finanzmärkten - mit allem also, worauf es derzeit ankommt - hat er sich praktisch nicht beschäftigt. Und Röllert hat mit der Krise nicht mehr viel zu tun. Die Kanzlerin, so erzählen es Insider

in Berlin, höre vor allem auf ihren Europaberater Nikolaus Meyer-Landrut, einen promovierten Historiker und langjährigen Diplomaten.

Nicht einmal Wirtschaftsminister Philipp Rösler scheint viel auf die Wirtschaftswissenschaften zu geben. Seine Staatssekretäre: eine Romanistin, ein Verwaltungswissenschaftler und ein Kartelllexperte. Auch auf den unteren Hierarchieebenen dominieren die Rechtsexperten. Laut einer Studie der Ökonomen Justus Haucap von der Universität Düsseldorf und Michael Mödl von der Universität München sind weniger als ein Drittel der Mitarbeiter im höheren Dienst des Wirtschafts- und des Finanzministeriums Volkswirte. Und auch der Finanzausschuss des Bundestags lädt mehr Juristen als Ökonomen als Gutachter ein.

Dabei konnte auch Angela Merkel anfangs noch gut mit den Wirtschaftswissenschaftlern. Sie holte im Jahr 2005 den Bundesbankvolkswirt Jens Weidmann - heute Präsident der Notenbank - ins Kanzleramt und lud nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers Wirtschaftsprofessoren wie Hans-Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut zu Krisengesprächen ins Kanzleramt ein. Inzwischen finden solche Treffen kaum noch statt. Man spricht mehr übereinander als miteinander. Mehr als 200 Ökonomen unterzeichneten einen Aufruf gegen die von der Regierung geplante Bankenunion – und viele davon gehören zum harten Kern der "Alternative für Deutschland".

Die Kanzlerin und ihr Finanzminister haben irgendwann in dieser Krise das Vertrauen in die Ökonomen verloren, die die Regierung immer wieder kritisieren, aber sich selten einig sind. Das liegt auch daran, dass die Krise von Politik und Ökonomie unterschiedlich verarbeitet wird. In der Ökonomie hat sie eine Lust an der Debatte befördert. Lange Jahre wagte es kaum jemand, gegen den Marktglauben aufzubegehren, der sich in den siebziger und achtziger Jahren an den Universitäten ausgebreitet hatte. Seit Ausbruch der Krise stellen immer mehr Wissenschaftler die alten Gewissheiten infrage.

Die Politik dagegen ist in einer Zeit, in der weitreichende Entscheidungen getroffen werden müssen, mehr denn je auf Orientierung angewiesen. Und die können die Wirtschaftswissenschaftler immer weniger bieten. Schäuble erzählt gerne, dass amerikanische Ökonomen rieten, weniger zu sparen, während deutsche Experten ihm das Gegenteil nahelegten. Also geben in der Regierung Juristen den Ton an. Das prägt die deutsche Sicht auf die Krise. Für Merkels Berater steckt Europa in der Klemme, weil bestehende Verträge nicht eingehalten wurden. Und so tüfteln sie an immer neuen Verträgen, die schwerer zu umgehen sein sollen. Der Fiskalpakt für die Begrenzung der Staatsschulden ist bereits verabschiedet, derzeit wird ein Abkommen für Strukturreformen ausgearbeitet. Dahinter steht der Glaube, dass sich die Welt mit Rechtsakten ordnen lässt und die Wirtschaft floriert, wenn die Guten belohnt und die Bösen bestraft werden.

Für die meisten Ökonomen hingegen ist die Krise allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz nicht das Ergebnis individuellen Fehlverhaltens, sondern systemischer Natur. Sie sei darauf zurückzuführen, dass durch die Einführung der gemeinsamen Währung zu viel Kapital vom Norden in den Süden Europas geleitet wurde. Wer die Guten sind und wer die Bösen – die Haushalte im Süden, die das billige Geld ausgegeben haben oder die Sparer aus dem Norden, die es ihnen zur Verfügung stellten -, ist dann nicht mehr so klar.

Zudem kann das, was in einer schweren Krise zuerst gut und richtig erscheint, großen Schaden anrichten: Wenn die Schulden zu hoch sind, müssen die Ausgaben gekürzt werden. Wenn das aber

die Konjunktur abwürgt, steigen die Schulden, weil die Steuereinnahmen wegbrechen. Ein Land kann seine Löhne senken, um wettbewerbsfähiger zu werden. Folgen ihm die anderen Länder, hat niemand etwas gewonnen, und alle werden ärmer.

Es kommt mithin immer wieder vor, dass die Empfehlungen der Ökonomen sich nicht aus der Alltagserfahrung ableiten lassen oder ihr sogar widersprechen. Für Volkswirte gäbe es im politischen Betrieb also genug zu erklären. Doch wer es in der Wissenschaft zu etwas bringen will, muss sich in der Regel mit abstrakten Fragen beschäftigen, die kaum Bezug zur Praxis haben. Artikel über die Besonderheiten des deutschen Bankensystems werden in den für die universitäre Karriere wichtigen internationalen Fachzeitschriften in der Regel nicht veröffentlicht. Gerade für den Nachwuchs ist das ein Problem. "Mit den politisch relevanten Themen kann man sich eigentlich erst auseinandersetzen, wenn man seinen Lehrstuhl hat", sagt Jörg Rocholl, Präsident der Berliner Wirtschaftshochschule ESMT.

Die Wirtschaftswissenschaftler Mödl und Haucap haben herausgefunden, dass gerade die forschungsstarken Ökonomen in der politischen Beratung keine Rolle spielen. Die Rangliste der 100 Top-Wissenschaftler des wird von Roman Inderst von der Universität Frankfurt und Peter Egger von der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich angeführt - Namen, mit denen im Berliner Betrieb kaum jemand etwas anfangen kann. Erfahrene Berater wie Peter Bofinger oder Bert Rürup tauchen dagegen in der Liste nicht auf. In den USA ist die Kluft zwischen Wissenschaft und Politik weitaus kleiner. Spitzenökonomien wie Larry Summers wechseln wie selbstverständlich zwischen Universität und Administration.

Allerdings haben die meisten deutschen Ökonomen auch wenige Erfahrungen im Umgang mit Finanzkrisen. Die volkswirtschaftlichen Fakultäten an hiesigen Universitäten sind stark von der ordnungspolitischen Tradition geprägt, die sich vor allem mit zeitlosen Fragen wie der nach dem optimalen Verhältnis von Staat und Markt befasst. Krisenmanagement wird hierzulande kaum gelehrt.

Die Frage ist, ob es sich das Land trotzdem leisten kann, auf Ökonomen zu verzichten. Vielleicht sollte die Regierung einfach nur genauer darauf achten, welche Ökonomen sie konsultiert. Es gab durchaus Wirtschaftsleute, die schon vor Jahren aufgezeigt haben, welche Folgen die harten Sparauflagen haben würden. Inzwischen ist die Kanzlerin bereit, den Krisenländern mehr Zeit für den Abbau ihrer Defizite zu gewähren und die Konjunktur im Süden durch Hilfsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu stützen. Vielleicht also sind die Ökonomen doch zu etwas nützlich. Das bedeutet nicht, dass die Politik die Empfehlungen der Experten ungeprüft übernehmen muss - aber zumindest sollte sie sie anhören. Und hin und wieder einstellen.